

Offener Brief

An Herrn Bundeskanzler und SPD-Parteivorsitzenden Schröder, Herrn Außenminister Fischer, die Parteivorsitzenden von CDU, CSU, Grünen, FDP und PDS sowie alle Bundestagsabgeordneten und Bundestagskandidaten der im Bundestag vertretenen Parteien.

Als Christen verschiedener Konfessionen und als deutsche Staatsbürger möchten wir zur aktuellen Debatte über Deutschlands Verhältnis zu Israel und über Antisemitismus in Deutschland wie folgt Stellung nehmen:

1. Deutschland hat eine einzigartige, historisch bedingte Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk und dem Staat Israel. Dieser Verantwortung hat sich jede deutsche Regierung entschlossen und bleibend zu stellen. Deutschland kann in Bezug auf Israel daher niemals eine "neutrale" Position einnehmen!
2. Israel ist auf der Grundlage des Beschlusses des Völkerbundes vom 24. Juli 1922 (auf der Basis der Balfour-Deklaration von 1917) und der UN-Resolution 181 vom 29. November 1947 am 14. Mai 1948 auf völkerrechtlich legitime Weise entstanden. Wir fordern die deutsche Regierung auf, sich nicht nur uneingeschränkt für die Existenzberechtigung Israels einzusetzen, sondern sich auch entschieden gegen alle Kräfte in Deutschland und im Nahen Osten zu wenden, welche dieses Existenzrecht direkt oder indirekt in Frage stellen.
3. Israel befindet sich seit seiner Staatsgründung in einem offenen oder latenten Existenzkampf. Israel hat wie jedes andere Land ein Recht auf Selbstverteidigung und muss seine Bürger vor Terror schützen. Wir fordern alle Parteien auf, dies vorbehaltlos anzuerkennen! Dies bedeutet nicht, jede Einzelmaßnahme kritiklos zu billigen. Aber Israels Kampf gegen den Terror darf nicht mit anderen Maßstäben bewertet werden als der internationale Kampf gegen den Terror.
4. Aufgrund unserer historischen Verantwortung fordern wir die jetzige und die zukünftige Bundesregierung auf, sich innerhalb der EU und der UN entschieden für die Interessen Israels einzusetzen! Zudem wenden wir uns grundsätzlich gegen jede Form deutscher Beteiligung an Sanktionen, Boykotts, militärischen Einsätzen wie auch gegen andere Maßnahmen, mit denen Israel gemaßregelt oder unter Druck gesetzt werden soll.
5. Wir verurteilen die Neigung mancher Medien und Politiker, Israel als Aggressor im Nahen Osten darzustellen und palästinensische Terroristen als „Aktivisten“ oder „Freiheitskämpfer“ zu bezeichnen. Israels Militäraktionen waren eine Reaktion der Selbstverteidigung auf Aggression von außen und innen oder dienten der Prävention weiterer Gewalt. Dies sollte von unseren Medien und Politikern in aller Deutlichkeit dargestellt werden.
6. Wir fordern alle Volksvertreter auf, zum moralischen und politischen Konsens zurückzukehren, der in der Bundesrepublik aus der historischen Verantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen erwachsen ist. Antisemitismus in Deutschland muss mit aller Schärfe bekämpft werden! Antisemitische Klischees dürfen in Deutschland nicht noch einmal gesellschaftsfähig werden!
7. Wir glauben gemäß der Bibel: "Ich will segnen, die dich segnen; wer dich verwünscht, den will ich verfluchen." (1. Buch Mose, Kapitel 12 Vers 3 Einheitsübersetzung)

Unterschriften (Titel, Vorname, Nachname, ggf. Funktion)